

Argu-Papier Wind (und Naturschutz)

Was ist das Problem / die Zielstellung / die Idee?

- für Energiewende, d.h. Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, brauchen wir massiven Ausbau der Windenergieerzeugung
- Wind weht hier, macht uns unabhängig von teuren Importen und spart gleichzeitig Emissionen = hilft gegen Klimawandel
- Windenergie schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung (bis 17 Mrd. € bis 2030) vor Ort, insb. im ländlichen Raum
- neue Industriensiedelungen kommen nur bei ausreichendem Angebot an EE zustande (INTEL)
- bisher findet in vielen Kommunen allerdings aktive Verhinderung von Windkraft statt (bspw. neue Wohngebiete im Windeignungsgebiet ausweisen, obwohl die Einwohnerzahl sinkt)

Was haben wir in Regierungsverantwortung in Sachsen erreicht? Was haben wir noch vor?

- letzte 10 Jahre in Sachsen im Schnitt unter 40 MW (8 moderne Windkraftanlagen) errichtet und Genehmigungen erschwert durch Abstandsregeln und öffentliches Blockieren der Energiewende aus Sorge um Kohlesektor
- Ergebnis: Sachsen bundesweit Schlusslicht (in Nachbarländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt anteilig 10x mehr Wind in Stromerzeugung)
 - **wir haben aber nun die Bremsen gelöst: 2022 wurden 101 MW genehmigt, 2023 über 150 MW - die in den nächsten Jahren errichtet werden**
 - weitere 792 MW (130 Anlagen) [im Genehmigungsverfahren](#)
- konkret erreicht durch Beschleunigung der Verfahren (nun besser als Bundesschnitt), eine Handlungsempfehlung zur Genehmigung von Windkraftanlagen und zusätzliche Gelder für Stellen in der Regionalplanung im Haushalt
- außerdem haben wir die Servicestelle Windenergie bei der Landesdirektion Sachsen sowie einen regelmäßigen Facharbeitskreis der Immissionsschutzbehörden gegründet
- zudem werden bis 2027 2% der sächsischen Landesfläche für Windenergie ausgewiesen
- haben Flexibilisierungsklausel beschlossen, sodass Kommunen freiwillig die 1.000m-Abstandsregel der CDU unterschreiten können
- durch Energie- und Klimaprogramm (EKP) einen Gesamtrahmen für Transformation gesetzt, nachdem Vorgängerregierungen das Jahre verschleppt hatte
- Einrichtung der Dialog- und Servicestelle bei der Sächsischen Energieagentur SAENA

Argumentationshilfe Windkraft

- aktuell setzen wir uns dafür ein, dass Kommunen durch die Betreiber von EE-Anlagen verpflichtend an den Einnahmen beteiligt werden

Unsere drei wichtigsten Vorschläge (konkrete Maßnahmen)

1. Ausbau voranbringen durch mehr verfügbare Flächen (2% bis 2027) und schnellere Verfahren, sodass Sachsen angemessenen Beitrag zu Bundes-Ausbauzielen leistet (min. 8 GW Wind)
2. Erhöhung der Akzeptanz von WKA durch frühzeitige Beteiligung der Menschen an Entscheidungsverfahren (inkl. Schlichtungsstelle bei der SAENA) und an den Einnahmen (Beteiligungsgesetz)
3. Windkraft in Einklang mit der Natur ausbauen (WKA im Wald: Wiederaufforstung an anderer Stelle statt Ausgleichszahlungen; keine WKA in Naturschutzgebieten; Nutzung von technischen Lösungen wie Abschaltung bei Vogelkollisionsgefahr)

Was sind unsere Vorstellungen/Ziele für Dresden?

- 2 % der Landesfläche sollen für Windenergieanlagen (WEA) zur Verfügung stehen (was nicht heißt, dass tatsächlich auch 2 % gebraucht werden).
 - Die Landeshauptstadt Dresden muss dafür einen Beitrag leisten und darf dieses nicht komplett den Landkreisen SOE und Meißen überlassen. Dazu muss die Stadt aktiv Potentiale unter Berücksichtigung von Abstandsregelungen und Naturschutz prüfen.
 - Dresden hat eine sehr große Fläche, ist flächenmäßig die viertgrößte Stadt in Deutschland und kann deshalb nicht einfach sagen „Ohne uns“.
 - Im Dresdner Westen entlang von A4 und A17 und im Schönfelder Hochland sind Flächen vorhanden, die für WEA in Frage kommen.
 - Bei der Flächenausweisung werden Landschafts- und Naturschutz beachtet.
- Den bestehenden Stadtratsbeschluss als pauschale Absage von Windkraft im Stadtgebiet wollen wir aufheben.
 - ABER: Nirgendwo wird gebaut werden ohne Einhaltung der gesetzlichen Abstandsgebote zu Siedlungen niemand wird über Gebühr beeinträchtigt.
- Werden Windräder gebaut, sollen die Anwohnenden davon profitieren.
 - WEA sind eine gute Einnahmequelle für die Stadt, denn vertraglich muss zukünftig ein Teil der finanziellen Erträge an die Kommune abgeführt werden. Wir wollen, dass sie direkt den Ortschaften zugutekommen.
 - Viele Städte und Kommunen machen es vor und weisen mit Zustimmung der Bürgerschaft gerne Flächen in ihrem Gemeindegebiet für WEA aus, z.B. Chemnitz (dort jetzt sogar Repowering mit deutlich höheren Anlagen).

Welche Angriffe gibt es gegen uns? Wie kontern wir?

- “Ausbau der Erneuerbaren lohnt sich nur dank Subventionen”
 - EE-Projekte werden inzwischen größtenteils ohne Subventionen umgesetzt, da Stromgestehungskosten unvergleichlich niedrig sind
 - alle wissen, dass wir schnellstmöglich aus den fossilen Energieträgern raus müssen - je eher wir aussteigen, desto weniger werden wir bspw. durch steigenden CO2-Preis belastet
 - neue Anlagen sind um Welten effizienter, als sie es noch vor 10 Jahren waren
- “Es gibt so schon kaum noch naturbelassene Orte, noch mehr Windräder schaden dem Naturschutz”
 - Naturschutz muss mit Klimaschutz Hand in Hand gehen, da Klimakrise die größte Bedrohung für die Biodiversität ist
- es gibt bei allen Projekten Umweltverträglichkeitsprüfungen, zudem technische Lösungen wie Abschaltvorrichtungen, sobald Vögel in Windrichtung erfasst werden
- für die oft zitierten Rotmilane sind [Windräder Todesursache Nummer 7](#) - mehr Gefahr geht von Fressfeinden, Vergiftung, Zug- und LKW-Unfällen sowie sogar illegalen Abschüssen aus
- “Energiesystem nur mit Erneuerbaren kann nicht funktionieren”/“alles Ideologie”
 - vor 20 Jahren hieß es, mehr als 5% EE-Strom bringen Stromnetz zum Zusammenbruch - 2023 hatten wir erstmals über 50%, Mehr Strom aus EE als aus Kohle in 2023
 - technisch ist es absolut möglich, indem 1) PV und Wind sich gut ergänzen, 2) flexibel und kurzfristig steuerbare Gaskraftwerke und 3) Speicher Erzeugungsschwankungen kompensieren können, was insb. in einem gut ausgebauten europäischen Netz kein Problem ist
 - Zunahme der EE in den letzten Jahren - Energiesicherheit hat trotz Putins Gas-Abdrehen zugenommen
- “Belastungen treffen wieder nur die Landbevölkerung”
 - damit Landbevölkerung besonders profitiert (nicht nur durch günstigeren Strom), haben wir uns für Beteiligungsgesetz eingesetzt - besonders wichtig war uns dabei, dass das Geld genau in die Ortsteile geht, in denen die Anlagen stehen
 - von den Pacht- und Gewerbesteuererträgen profitieren die ländlichen Bereiche zusätzlich
 - setzen uns für geordnete Planung mit Beteiligungsformaten ein, um potenziell naturschutzschädlichen Wildwuchs zu verhindern
- “Windräder sind gesundheitsschädlich”
 - Studienlage: gesundheitliche Beeinträchtigungen durch WKA objektiv minimal, wenn, dann bspw. durch Placeboeffekte
 - Klimakrise und Luftverschmutzung aufgrund fossiler Brennstoffe stellen deutlich größere Gefahr dar
 - unabhängig davon ist für jede Anlage ein Genehmigungsverfahren bspw. mit schalltechnischem Gutachten notwendig

Perspektive Landtag Sachsen

Was haben die anderen im Landtag vertretenen Parteien (und die FDP) gemacht? Was wollen sie zukünftig tun?

- AfD: lehnt "Verspargelung der Landschaft" ab, will lieber Kohle aus Lausitz und Gas aus Russland verbrennen
- CDU: hat Jahrzehntlang Kohle geschützt und Wind behindert/dagegen gehetzt, "Windräder sind nicht schön", hat 2019 bis 2022 durch Regionalentwicklungsminister Schmidt jegliche Windplanung unterbunden und dann 2022 1.000m-Abstandsregel erzwungen
- FDP: ist unter anderem für den Kampf gegen Windmühlen 2019 aus dem Landtag geflogen
- LINKE: grds. ähnliche Position wie wir, befürwortet mehr WKA für mehr Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern und zum Klimaschutz; hat auch einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem Anwohner:innen an EE-Anlagen finanziell beteiligt werden sollen
- SPD: konnte sich bis 2019 allein gegen CDU nicht durchsetzen, obwohl Dulig EKP versprochen hatte; trägt aktuell Beteiligungsgesetz mit und Dulig fordert das auch öffentlich immer ein, hatte ansonsten aber keine starke Linie bei Windkraft

Welche Vorhaben haben die Koalitionspartnerinnen blockiert? Warum?

- CDU: erzwang 1000m-Abstandsregel, hatte Windkraft im Wald zunächst kategorisch ausgeschlossen; hat verhindert, dass Bürgerenergiegenossenschaften im Beteiligungsgesetz bevorzugt behandelt werden
- SPD: SMWA hat jedenfalls am Anfang Energie- und Klimaprogramm verzögert und konkrete Ausbauziele torpediert; hat Klimaschutz immer als "Zusatzaufwand" geframed, nie als Gewinn
-